

Albano
30. / X. 1914

35
30

Die Regierungsverhandlungen über ein deutsch-österreichisch-ungarisches Wirtschaftsbündnis.

Gegenseitige Vorzugsbehandlung.

Wie die „Wirtschaftszeitung der Centralmächte“ aus Budapest erfährt, sind die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der deutschen, österreichischen und ungarischen Regierung in den letzten Wochen in Budapest stattgefunden haben, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die Delegierten der drei Regierungen haben sich nunmehr nach Wien begeben, wo die Besprechungen unter dem Vorsitz des Sektionschefs im Ministerium des Außen Dr. Gustav Graf fortgesetzt werden.

Das Resultat der Besprechungen kann jetzt den Regierungen unterbreitet werden, damit festgestellt werden kann, auf welche Art und Weise die Neuregelung der Handelsbeziehungen stattfinden soll. Der Gedanke der Zollunion wurde fallen gelassen zugunsten einer gegenseitigen Vorzugsbehandlung der drei Staaten.

Man hat auch die Möglichkeit erörtert, einen gemeinsamen Zolltarif aufzustellen. Dieser soll aber nicht in allen Punkten die gleichen Zollsätze aufweisen, sondern man hat bei manchen Positionen auch eine unterschiedliche Behandlung für möglich erachtet. Auf jeden Fall soll eine erhebliche Erweiterung der Freilisten für den gegenseitigen Verkehr für zweckmäßig gehalten worden sein.

Die Wiener Beratungen haben die vollständige Aufarbeitung des noch restlichen Materials zum Gegenstand. Die Schlußverhandlungen sollen in Berlin stattfinden,

und zwar nach den bisherigen Dispositionen in der ersten Hälfte des Monats November. Erst wenn diese Richtlinien, was nach Schluß der Novemberverhandlungen möglich sein dürfte, feststehen, können die Regierungen ihre Vorschläge den Interessenten zur Begutachtung unterbreiten.